

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bieteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierhundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 61/62.

Berlin, Sonnabend, 31. Juli 1915.

Ziehemundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Gegen die Auswucherung des Volkes. — Die Kriegs-
toga des Württembergischen Eisenbahnerverbandes.
— Vereinfachung der Freigangzeit für Tabakarbeiter.
— Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbande. —
anzeigen.

Gegen die Auswucherung des Volkes.

Mit diesen Worten kann man kurz die Tendenz
zweier Verordnungen kennzeichnen, die der Bundes-
rat am 23. Juli erlassen hat. Die erste betrifft die
Festsetzung von Höchstpreisen für Ge-
treide. In der amtlichen Bekanntmachung heißt
es, daß, wenn auch die erhöhten Produktionskosten
und die vermehrten Schwierigkeiten des landwirt-
schaftlichen Betriebes in diesem Jahre und be-
sonders auch das voraussichtlich geringere Ernteresultat
eine Erhöhung der Preise wohl gerechtfertigt
hätten, der Bundesrat doch mit Rücksicht auf die
möglichst wohlfeile Ernährung der deutschen Be-
völkerung an dem bestehenden Preise für Brotge-
treide festgehalten und nur die Zahl der gegen-
wärtigen 32 Höchstpreisbezirke auf 4 größere
Preisgebiete verringert hat, unter gleichzeitiger
Einschränkung der Preispannung. Danach bleibt
der Grundpreis für den Bezirk Berlin wie bisher
auf 220 Mk. für die Tonne Roggen. Vom
1. Januar 1916 ab treten wie bisher Zuschläge
von 1,50 Mk. halbmönatlich hinzu. Der Preis
für Weizen ist, wie in diesem Jahre, auf 40 Mk.
über den Roggenpreis festgesetzt. Für Hafer
und Gerste sind, um wenigstens eine Annäherung an
die stark gestiegenen Preise für die übrigen Zutter-
mittel zu erreichen, Einheitspreise für das ganze
Reich auf 300 Mk. festgesetzt worden. Dabei ist
Gerste für gersteverarbeitende Betriebe und eben-
alles Saatgetreide, wie in diesem Jahre, an die
Höchstpreise nicht gebunden.

Grundätzlich also sieht die Bundesratsverord-
nung von einer Heraushebung der Höchstpreise für
Brotgetreide erfreulicherweise ab. Die lebhaften
Proteste aus allen Schichten der Bevölkerung
scheinen demnach ihre Wirkung auf die Entschlie-
bung des Bundesrats nicht verfehlt zu haben. Für
Berlin tritt überhaupt keine Veränderung ein. Die
Zusammenlegung der 32 Höchstpreisbezirke zu
4 größeren Bezirken hat jedoch für einzelne Gegen-
stände eine Veränderung zur Folge. Bisher schwan-
kten die Höchstpreise zwischen 209 und 237 Mk. für
die Zukunft bewegen sie sich zwischen 215 und 230
Mark. Der Durchschnittspreis bleibt also ungefähr
erhalten; für einzelne Bezirke im Osten tritt eine
geringe Erhöhung ein, für einzelne im Westen und
Süden eine Ermäßigung. Alles in allem also kann
gesagt werden, daß eine wesentliche Erhöhung nicht
stattfindet.

Weider hat man sich nicht dazu entschließen
können, eine Herabsetzung der Höchstpreise vorzu-
nehmen, was trotz der gesteigerten Produktions-
kosten und der sonstigen Schwierigkeiten des
landwirtschaftlichen Betriebes sich unseres Er-
achtens sehr wohl hätte ermöglichen lassen. Wenig-
erfreulich ist auch die Heraushebung der Höchstpreise
für Futtermittel. Wir können nicht umhin, darin
ein Zeichen an die Großgrundbesitzer zu erblicken,
die durch ihre gewaltigen Lieferungen für das
Heer mächtige Gewinne einheimen werden. Aber
was noch schlimmer ist: Die Erhöhung der
Futtermittelpreise wird indirekt auch auf die Vieh-
und Fleischpreise einwirken. Schon in den letzten
Monaten galt Fleisch für weite Kreise der Bevölke-
rung als eine Delikatesse. In manchen Arbeiter-
familien ist es ein sehr seltener Gast geworden.
Durch die Verteuerung der Futtermittel entsteht

die Gefahr, daß diese Verhältnisse sich noch erheb-
lich verschärfen werden.

Allgemeine Zutrittszeit hat nach den Neuhe-
rungen in der Presse die zweite Bundesratsverord-
nung gefunden, die sich gegen übertriebene
Preissteigerungen beim Handel mit
Gegenständen des täglichen Bedarfs,
insbesondere Nahrungs- und Ge-
brauchsmitteln aller Art, rohen Natur-
erzeugnissen, Feiz- und Leucht-
stoffen, wendet. Diese Verordnung hat folgen-
den Wortlaut:

§ 1. Werden Gegenstände des täglichen Bedarfs,
insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art
sowie rohe Naturerzeugnisse, Feiz- und Leuchtstoffe,
die vom Eigentümer zur Veräußerung erworben oder
erzeugt sind und für die Höchstpreise nicht festgesetzt
sind, dem Verbraucher vorzuzulassen, so kann das
Eigentum an ihnen durch Anordnung der Landes-
zentralbehörde oder der von ihr bezeichneten Behörde
auf eine in der Anordnung näher zu bezeichnende
Person übertragen werden. Die Entscheidung
dieser Behörde darüber, daß die Voraussetzungen für
die Anordnung vorliegen, ist endgültig. Die Anord-
nung ist an den Verkäufer der Gegenstände zu richten.
Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem
Verkäufer zugeht.

§ 2. Der Uebnahmepreis wird unter
Berücksichtigung des Einkaufspreises und der Güte und
Verwendbarkeit der Gegenstände von der höheren Ver-
waltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen
endgültig festgesetzt. Einkaufspreise auf Grund von
Verträgen, die in den letzten zwei Wochen vor der Ver-
kaufgabe der Entgegenüberordnung an den Verkäufer
oder vorher in der Absicht geschlossen worden sind,
einen höheren Uebnahmepreis zu erzielen, werden bei
Feststellung des Preises nicht berücksichtigt. Die
Festsetzung durch die höhere Verwaltungsbehörde
bedarf der Bewilligung des Reichsanwalters, sofern der
festgesetzte Uebnahmepreis 5 Prozent des Einkaufs-
preises übersteigt. Diese ist einzuholen durch Vermitt-
lung der Landeszentralbehörde.

Bei den nach einer bestimmten Frist aus dem
Ausland eingeführten Gegenständen ist als Mindest-
preis der Einkaufspreis im Ausland und ein Zuschlag
auszubringen, der unter Berücksichtigung der mit der
Einführung verbundenen Kosten und Gefahren zu be-
messen ist. Der Uebnahmepreis ist bar zu zahlen.

§ 3. Ueber Streitigkeiten, die sich bei dem
Entgegenüberverfahren erheben, entscheidet endgültig
die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 4. Die Landeszentralbehörde erläßt die Bestim-
mungen zur Ausführung dieser Verordnung und sie
bestimmt auch, wer als höhere Verwaltungsbehörde
anzusehen ist.

§ 5. Mit Gefängnis bis zu einem
Jahre und mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk.
oder mit einer dieser Strafen wird be-
straft:

1. wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, ins-
besondere für Nahrungsmittel und für Nahrungs- und
Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse,
Feiz- und Leuchtstoffe sowie für Gegenstände des
Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung
der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage,
einen übermäßigen Gewinn enthalten oder
solche Preise sich von einem anderen gewähren und
versprechen läßt;

2. wer Gegenstände der bezeichneten Art, die von
ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind,
zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen
übermäßigen Gewinn zu erzielen;

3. wer, um den Preis für Gegenstände der er-
wähnten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre
Quantität oder den Handel mit ihnen einschränkt,
oder andere unlautere Machenschaften vornimmt;

4. wer an einer Verabredung oder Ver-
bindung teilnimmt, die eine Handlung der erwähn-
ten Art zum Zweck hat. Dabei kann in dem Urteil auf
Einzelnachweise der Vorräte erkannt werden, auf
die sich die strafbare Handlung bezieht. In dem Urteil
kann ferner angeordnet werden, daß die Verur-
teilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich
bekannt zu machen sei.

Daß der Erlaß einer solchen Verordnung über-
haupt notwendig war, mag man in der gegen-
wärtigen Zeit bezweifeln. Wie die Verhältnisse aber
nun einmal liegen, war dieser Schritt des
Bundesrats eine zwingende Notwendigkeit. Zu
bedauern ist eigentlich, daß dieser Schritt nicht
schon eher getan worden ist. Immerhin kann die
Verordnung auch jetzt noch heilsam wirken.

Die Kriegstagung des Württembergischen Eisenbahner- verbandes.

(Schluß.)

Der Tätigkeitsbericht fand eine wirksame Er-
gänzung durch den Kassenbericht, den in überficht-
licher Weise Verbandsverwalter Wiedemann
erstattete. In Form eines Rechenschaftsberichtes
war der Kassenbericht für das Jahr 1911 im Organ
des Verbandes „Der Schwäbische Eisenbahner“
veröffentlicht worden. Die Einnahmen betragen
einschließlich Kassenbestand des Vorjahres
35 037,24 Mk., die Ausgaben 34 969,20 Mk.
und das Reinvermögen einschließlich Kassenbe-
stand 10 948,78 Mk. Aus dem Vortrage des
Verbandsverwalters war zu entnehmen, daß sich
die Finanzen des Verbandes seit dem letzten
Jahresabschluss dauernd gebessert haben und daß
diese bessere finanzielle Fundierung des Verbandes
im Laufe des Jahres 1915 noch eine weitere
Steigerung erfahren hat. Auch die Finanzen der
Krankenkasse sind auf, trotzdem dieselbe im
Berichtsjahre 8542,40 Mk. an Krankengeld gezahlt
hat. Der Bericht bedauert, daß eine Anzahl Ver-
bandsmitglieder der Krankenkasse nicht angehören,
die dann im Falle einer Erkrankung die Unter-
stützungen aus dieser Kasse entbehren müßten.

Die Besprechung der Berichte war eine sehr
gründliche, aber dennoch kurze. Trotz der mehr-
maligen Aufforderung der Verbandsleitung bei der
Besprechung Kritik zu üben, wo sie angebracht sei,
und auch Wünsche vorzutragen über die zukünftige
Wirksamkeit des Verbandes, äußerten alle Redner
nur ihre volle Zustimmung zu den Berichten. Die
Tätigkeit der Beamteten wie auch der übrigen Mit-
glieder der Verbandsleitung fand wohlverdiente
Anerkennung. Dem Inhalt und der interessanten
Abwechslung in den Ausführungen des Verbandsorgans
wurde Lob gebendet, wie denn überhaupt in der
Ausprache volles Vertrauen zur Verbandsleitung
zum Ausdruck kam. Mancher Redner gedachte der
früheren Verhältnisse und gab seiner gerechten
Empörung Ausdruck über Verräter, die jetzt als
frühere Führer des alten Verbandes der Eisen-
bahner im neuen Konföderationsverband die gute
Sache bekämpfen, der sie früher ihre Dienste ge-
widmet haben.

An der Aussprache beteiligte sich auch der Ver-
treter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Seine Ausführungen legten dar, daß gerade die
treffliche Wirksamkeit des Verbandes die Notwendig-
keit der Organisation und ihres Durchhaltens
in der Kriegszeit beweise. Die Dabeimgeliebenen
haben im Interesse der draußen im Felde stehen-
den Kollegen die ihnen anvertraute Organisation
hochzuhalten. Die Angriffe gegen die Vereini-
gung, die aus den Kreisen des gegenwärtigen Ver-
bandes kommen, müßten den Opfermut der Mit-
glieder fördern und das Zusammengehörigkeits-
gefühl in den Mitgliebertreuen stärken. Ein pade-
ndes Schlusswort des Verbandssekretärs Richter mit
einem Dank für treue Mitarbeit und der Aufforde-
rung, in dem Bestreben, den Verband zu stärken,
nicht zu erlahmen, schloß die Aussprache über den
Tätigkeitsbericht.

Die Lebensmittelteuerung und die durch sie begründete Frage der Teuerungszulage bildete einen besonderen Punkt der Tagesordnung, der durch sachgemäße Ausführungen von Joller-Stuttgart eingeleitet wurde. Das Vorhandensein einer Lebensmittelteuerung ist nicht zu bestreiten. Vielfach ist die Höhe der Preise nicht durch die Kriegsverhältnisse bestimmt worden, sondern auf Preistreibern der Produzenten und Händler zurückzuführen. Das Streben der Regierung müsse darauf gerichtet sein, die unerhörte Ausnutzung der Konsumenten durch Verordnungen und Festsetzung von Höchstpreisen zu beseitigen. Solange dies nicht gelingt, muß zur Vermeidung einer Unterernährung der erwerbstätigen Kreise das Einkommen erhöht werden. Das treffe namentlich für die Eisenbahner zu, deren Entlohnung nicht auf die Kriegsverhältnisse zugeschnitten ist. Grundtägliche Ansicht der Mitglieder sei ja die Unterordnung unter das Allgemeinwohl. Das Interesse für die Familie zwang aber zu einer Eingabe um Bewilligung einer Teuerungszulage. Das Ergebnis der Eingabe befriedigte indes nicht. Die Teuerungszulage wird nur bei einem Einkommen bis 1400 Mf. gewährt. Diese Höchstgrenze sei zu niedrig; sie müsse erhöht werden, denn auch höhere Einkommen reichen nicht aus, in der teuren Zeit eine Familie zu ernähren. Auch für die Unterbeamten müsse die Teuerungszulage gewährt werden. Ferner müßte jedes Kind bei der Berechnung der Zulage in Betracht kommen. Die Teuerungsverhältnisse machen ein Auskommen schon in geordneten Verhältnissen nicht möglich. Bei größter Sparsamkeit ergibt sich eine Unterbilanz, die bei Straftat sich erheblich vergrößert. Die Verhältnisse gestalten sich jetzt besonders schwierig, da Erbsparnisse aufgebraucht seien. Eine Unterernährung sowie eine Schuldenwirtschaft der Eisenbahner liege doch auch nicht im Interesse des Dienstes. In der Diskussion fanden die Ausführungen das beste Zustimmung. Die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Einkommensverhältnisse für die Eisenbahner fand eine ausführliche Begründung. Die Ernährungsweise steht im Gegensatz zu dem anstrengenden Dienst. Kollege Eisele legte an Hand eines sorgfältigen Haushaltsbudgets dar, wie dringend notwendig eine reichlichere Teuerungszulage sei. In seiner Familie, die aus 9 Köpfen besteht, betragen die Ausgaben allein für Lebensmittel und Kleidung über 170 Mf., wogegen sich das Einkommen nur auf 150 Mf. beläuft. Dabei werde sehr sparsam gewirtschaftet. Andererseits wurde die Schwierigkeit bei der Bewilligung der Wünsche der Eisenbahner nicht außer acht gelassen. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind gesunken und es gibt auch anderswo viel Not infolge der Teuerung. Manche Geldelastigkeit zeige sich in den Entbehrungen der Einzelnen. Die Eisenbahner kommen in eine Art Gewissenskonflikt infolge der Verhältnisse. Sie wollen gern Opfer bringen, müssen aber andererseits ihren Verpflichtungen der eigenen Familie gegenüber nachkommen. Eine Erweiterung der Teuerungszulage ist daher dringend notwendig. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, in diesem Sinne zu wirken.

Einen weiteren wichtigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Frage der Verschmelzung der beiden in Württemberg bestehenden Eisenbahnverbände. Zur Beseitigung der Nachteile der zersplitterten Organisation hat der Vorstand des alten Verbandes annehmbare Vereinigungsvorschläge dem neuen Verbande gemacht, der auf Veranlassung und mit Hilfe der christlichen Gewerkschaften erst vor wenigen Jahren als Konkurrenzverband gegründet wurde. Der neue Verband hat Gegenorschläge gemacht, die aber nicht eine Vereinigung, sondern ein Aufgehen des alten in neuen Verband bezwecken und zum Ziele haben. Bei aller Anerkennung der Vorteile einer geschlossenen dastehenden Organisation gegenüber den Nachteilen der zersplitterten Organisationen zur Wahrung und Förderung der Standesinteressen kann daran nicht gedacht werden. Die Vereinigung wird von den Mitgliedern des neuen Verbandes befürwortet; nur politische und gewerkschaftliche, verankert mit persönlichen Interessen seitens der Führer des neuen Verbandes stehen hindern im Wege. Das zeige am besten das Eingreifen der Führer der christlichen Gewerkschaften in diese Frage. Die Herren nehmen noch nicht einmal auf den Wurfrieden Rücksicht. Sämtliche Redner, die sich zu diesem Punkte äußerten, beurteilten das Verhalten der führenden Personen des neuen Verbandes und erbrachten an mehreren Beispielen typische Beweise dafür, daß die Rettung eine Vereinigung nicht will, ja sie mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Die Aussprache gab dem Verbandssekretär Fischer Gelegenheit, folgendes

und wahres Christentum in einer glänzenden Rede zu schildern unter Berücksichtigung des Verhaltens der Gegner. Seine von hohem Idealismus getragenen Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung. Einstimmig gelangte nachstehende Entschließung zur Annahme:

Die 16. Generalversammlung des Verbandes der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten nimmt mit Zustimmung und Befriedigung Kenntnis von den Schritten, welche die Vorstandschafft bis jetzt unternommen hat, um die Schaffung eines einheitlichen und geschlossenen Verbandes der Württembergischen Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unterbeamten und -Arbeiter in die Wege zu leiten. Sie selbst erklärt aufs neue, daß für den alten Verband keinerlei Hintergedanken und Nebenabsichten im Spiel waren bei dem Bemühen, eine Grundlage für die Verständigung der Eisenbahner Württembergs zu suchen, und daß er darum auch jetzt noch bereit ist, am Zustandekommen einer Einigung mitzuarbeiten auf einer Grundlage, die nicht einfach eine glatte Unterwerfung des alten Verbandes unter den neuen bedeutet.

Die Generalversammlung sieht nach wie vor — ohne im einzelnen stark daran festhalten zu wollen — in den Einigungsvorschlägen des alten Verbandes einen geeigneten Weg zur Verständigung. Sie kann darum ein aufrichtiges Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß die Generalversammlung des neuen Verbandes jedes Entgegenkommen abgelehnt und dadurch für den Augenblick jede weitere Verhandlung unmöglich gemacht hat, muß aber jede Verantwortung dafür gegenüber allen den Eisenbahnunterbeamten und Arbeitern in beiden Verbänden, die ehrlieh eine Einigung wollten, ablehnen.

Die Versammlung verworft sich aber aufs nachdrücklichste gegen jeden Versuch, die Ablehnungsgründe der Genesite durch Heraushebung der Verhältnisse und Leistungen unseres Verbandes zu verschleiern, vor allem vertritt sie sich, immer noch — selbst wider besseres Wissen — um ungedankten und schiedenen Finanzverhältnissen unseres Verbandes zu sprechen.

Die Generalversammlung erklärt aufs neue, nach wie vor demselben parteipolitisch, wie konfessionell an strenger Neutralität festzuhalten und kein anderes Ziel zu verfolgen, als die Förderung der materiellen und geistigen Interessen aller Kollegen im Eisenbahndienst. Sie gibt der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß in diesem Streben doch noch eine Geschlossenheit der Organisation der Eisenbahn-Unterbeamten und -Arbeiter möglich werde und verpflichtet die Leitung und die Mitglieder des alten Verbandes, dieses Ziel nicht aus dem Auge zu lassen, auch wenn die Genesite zunächst die dargebotene Hand zurückwies und wir in der alten Form unsere Arbeit weiterführen müssen.

Sie fordert endlich nicht nur alle seitherigen Mitglieder zu treuer Mitarbeit an diesem Werke auf, sondern ladet alle Kollegen, die zum Wohl ihres Standes alle Kräfte aufzumessen wollen, ein, sich zu diesem hohen Ziel mit uns zu vereinen.

Der Verbandsleitung wurde auf Anregung aus der Generalversammlung dann nochmals volle Anerkennung und Zustimmung für ihre Tätigkeit in der Verbandsangelegenheit zum Ausdruck gebracht.

Nach Schlussanreden des Vorstehenden Kollegen Bod und des Verbandssekretärs Neufeldt konnte die auf verlaufene Generalversammlung geschlossen werden. Ein Rückblick auf die Verhandlungen erneuert in jedem Teilnehmer das erhebende Gefühl, einer arbeitsreichen Sitzung beigewohnt zu haben, die Standesfragen artikuliert erörtere und in Einklang brachte mit den hohen und großen Gedanken, die heute unser gelantes Vaterland beschäftigen. Bei solcher Arbeitsfreudigkeit und ehrlicher Ueberzeugungsstreue, die während der ganzen Verhandlung seitens der Delegierten zum Ausdruck kam, ist die Zukunft des Verbandes der Württembergischen Eisenbahner gesichert. Den Freunden zu Nutz, den Feinden zum Trug!

—dt.

Beseitigung der Freizügigkeit für Tabakarbeiter.

Infolge der Seereslieferung und der Liebesgabenleistungen ist der Geldzulauf in der Tabakindustrie zurzeit recht gut. Es hat sich eine Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten gebildet, die den Verkauf an die Seeresleitung zu festgesetzten Preisen vermittelt. Es ist erklärlich, daß die Fabrikanten, zumal auch viele Tabakarbeiter zum Seeresdienst eingezogen worden sind, versuchen, ihre Betriebe möglichst mit Arbeitskräften zu besetzen, zum Teil noch zu vergrößern. Die Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten hat ihren Mitgliedern, und das sind fast alle größeren und mittleren Betriebe, verboten, einander Arbeiter „wegzunehmen“, da sonst mit „allen Mitteln“ vorgegangen werde. In der Praxis heißt dieses Vorgehen die gewerbliche Freizügigkeit der Tabakarbeiter auf. Die Tabakarbeiter mit ihren furchtbar niedrigen Löhnen sind damit den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, was angesichts der Teuerung erst recht ungünstig auf die Lebenshaltung der Tabakarbeiter

wirken muß. Zur Wahrung der Rechte der Tabakarbeiter haben deshalb die drei Organisationen der Tabakarbeiter folgende Erklärung beschlossen:

Die unterzeichneten Vorstände der drei Organisationen der deutschen Tabakarbeiter haben auf die Bekanntmachung, wie die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten in Nr. 75 der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ vom 24. Juni 1915 veröffentlicht hat, folgendes zu erklären:

Die drei Organisationen der deutschen Tabakarbeiter sind jederzeit bereit, zu ihrem Teile mitzuwirken, daß die für Meer und Marine durch Vermittlung der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten angeforderten Warenmengen aus reichend und rechtzeitig geliefert werden können. Die drei Organisationen werden jede Möglichkeit, unsere Industrie auch in jener schwerer Zeit leistungsfähig zu erhalten, zu fördern suchen unter der Voraussetzung, daß alles unterlassen wird, was eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeutet.

Die oben bezeichnete Bekanntmachung der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie sich gegenseitig Arbeiter mittelbar oder unmittelbar nicht „wegnehmen“, andernfalls mit „allen Mitteln“ vorgegangen werden soll. In dieser Maßnahme der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten haben die unterzeichneten Vorstände eine starke Verletzung der Interessen der deutschen Tabakarbeiter. Die Maßnahme ist geeignet, in der Praxis, wie auch bereits durch Beispiele bewiesen werden kann, den Tabakarbeitern die freie Wahl des Betriebes, also eines gesetzlichen und sittlichen Rechts, unmöglich zu machen. Die gewerbliche Freizügigkeit ist aber als Mittel, die Lebenslage des einzelnen Tabakarbeiters zu halten und zu verbessern, unentbehrlich; vor allem unentbehrlich in der Zeit gesteigerter Not. Auch erkläre die unterzeichneten Vorstände in der Maßnahme eine persönliche Verletzung jedes Tabakarbeiters und jeder Tabakarbeiterin, da die Arbeitgeber heute es als selbstverständlich betrachtet, in solchen wichtigen, sie besonders berührenden Fragen, mitzusprechen zu können.

Indem die vorstehend gekennzeichnete Maßnahme der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten Unruhe und Unwillen in der deutschen Tabakarbeiterenschaft hervorgerufen hat und keineswegs mit dem wirtschaftlichen Fortschreiten, den die Tabakarbeiterenschaft zu erleben bisher nicht wußten war, zu vereinen ist, sehen sich die unterzeichneten Vorstände genötigt, den schärfsten Protest gegen diese Maßnahme zu erheben und die Zurücknahme zu fordern.

Die unterzeichneten Vorstände glauben um so eher protestieren zu müssen, als ihnen bekannt ist, daß die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten mehrfach auf rein formellen Gründen ist angebotene, den Anforderungen genügende Leistungen von Mannschaftensgenossen zu erbringen hat, so daß ein Zweifel in der Behauptung, es beständen Schwierigkeiten in der genügenden Anfertigung von Mannschaftensgenossen, wohl berechtigt ist. Dabei gründet sich die Behauptung der Freizügigkeit der Tabakarbeiter auf diese Behauptung.

Sollte etwa die Form der Organisation der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten den an sie gestellten Ansprüchen nicht genügen können, so empfehlen die unterzeichneten Vorstände mit Rücksicht auf den ausgeprochenen Zweck dieser Organisation und im Interesse der ganzen Tabakindustrie eine Ausgestaltung.

Bremen, Düsseldorf, Heidelberg, den 15. Juli 1915.
Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.
Der Vorstand des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.

Der Vorstand des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (S.-D.).

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. Juli 1915.
Nicht rasten! Der Ernst der Zeit muß uns eine unablässige Mahnung sein, alles daran zu setzen, unsere Organisation innerlich zu festigen und durch Gewinnung neuer Mitglieder zu stärken. Das gebietet auf der einen Seite die Dankbarkeit gegen unsere Brüder, die draußen vor dem Feinde ihre Gesundheit und ihr Leben für uns aufs Spiel setzen, auf der anderen Seite aber auch das Bewußtsein, daß die Organisationen der Arbeiter gerade in diesem Kriegsjahre sich mehr als je als ein treuer Hort für alle erwiesen haben. Noch viel zahlreicher werden die Aufgaben sein, die nach dem Kriege von ihnen zu lösen sind. Darum auf an die Werbearbeit, an der sich jeder einzelne beteiligen muß!

Da gilt es in erster Linie, die Zahl unserer Anhänger zu vermehren. Zunächst müssen die zu unserer Fahne zurückgeholt werden, die in der ersten Erregung oder aus irgend einer Mißstimmung heraus ihrer Organisation den Rücken ge-

kehrt hat. müssen wir Hinweis a Straßliche An den O Ortsverein reihen sich besonders ändern mi nals hat vereine: G Geltung v Dann teilungen dadurch, Maiters so entfaudem wenn wir stüt all namentlich Söhne und wuchs gefi So gi für unter schreibt gel uns verlan herlich we draußen i und Ortsv Gelegenbei Willchten o schärfen, d Verönlich Sorge zu Zeit dari muß auf Vorwärts!

Beidei Vergarbei preußisch geentlich tretern al worden. 2 das Ueber handlung wiesen, d gehend zu Bg.“ aber den genu einige sehr lich die au müssen sic auf seinen verhältnis ungünstig müssen, scheint es i Minifters Wir verzu möchten c daß nun für die W wird.

Die erten str gewewen. stellung v machen k haltender eine Zu deutlichen leitet hat Blatte, 2 deutlichen bezeichnet Briefe ho bis Ende noch nicht Recht ist jetzige Fu werden t N i n f u Feldpost haben di Schweife es. Ze diese dab 8 1/2 Mor auch im

fehlt hatten. Aber auch an die Indifferenten müssen wir uns jetzt heranmachen und ihnen unter Hinweis auf die Bedeutung der Organisation das Sträflische ihrer Gleichgültigkeit zu Gemüte führen. An den Ortsverbänden liegt es jetzt, diejenigen Ortsvereine zu unterstützen, deren Mitglieder sich durch die Einberufung zu den Fahnen besonders stark gelichtet haben. Ihnen müssen die andern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Niemals hat der Grundgedanke der Deutschen Gewerkschaften: Einer für alle und alle für einen! mehr Geltung verdient.

Dann die Jugend! Viele unserer Jugendabteilungen haben zahlreiche Mitglieder eingebüßt, dadurch, daß sie freiwillig oder dem Rufe des Majors folgend, zu den Fahnen geeilt sind. Die enttandenen Lücken müssen ausgefüllt werden, wenn wir uns die Zukunft sichern wollen. Unterstützt also die bestehenden Jugendabteilungen, namentlich auch durch Zuführung der eigenen Söhne und Töchter, damit uns ein gesunder Nachwuchs gesichert bleibt!

So gibt es für jeden ein Feld, auf dem er sich für unsere Sache betätigen kann und muß. Das schreibt gebieterisch die Pflicht vor. Und was von uns verlangt wird, ist ja im Grunde genommen so herzlich wenig gegenüber dem, was unsere Kollegen draußen im Felde für uns leisten. Ortsverbände und Ortsvereinsauschüsse müssen deshalb bei jeder Gelegenheit die anwesenden Mitglieder auf ihre Pflichten aufmerksam machen, ihnen das Gewissen schärfen, daß sie mehr als je jetzt mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Stärkung der Organisation Sorge zu tragen haben. In dieser gewaltigen Zeit darf es für niemanden Ruhe geben. Jeder muß auf dem Posten sein, gleichviel wo er steht. Vorwärts! muß jetzt unsere Losung heißen.

Beschwerden über unwürdige Behandlung der Bergarbeiter namentlich in Oberösterreich sind dem preußischen Handelsminister Dr. Sydow gelegentlich der mehrfachen Besprechungen mit Vertretern aller Arbeiterorganisationen übermittelt worden. Der Minister hat auch in einem Erlaß an das Oberbergamt sich gegen die unwürdige Behandlung der Arbeiter ausgesprochen und es angewiesen, die zuständigen Kontrollbeamten dahingehend zu unterrichten. Nach der „Bergarbeiter-Ztg.“ aber hat das Einschreiten des Ministers nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Dafür werden einige sehr drastische Beispiele angeführt. Namentlich die aus Kufstein-Böden herangezogenen Arbeiter müssen sich eine Behandlung gefallen lassen, die auf keinen Fall gebilligt werden kann. Die Lohnverhältnisse für sie sind ebenfalls außerordentlich ungünstig und die Räume, in denen sie hausen müssen, zum Teil menschenunwürdig. Danach scheint es doch, als wenn man den Anweisungen des Ministers nicht die genügende Beachtung idenkt. Wir verzichten für heute auf weitere Bemerkungen, möchten aber der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß nun endlich mit der nötigen Entschiedenheit für die Abstellung der Beschwerden Sorge getragen wird.

Die deutsche Feldpost ist namentlich in den ersten Kriegsmontaten Gegenstand scharfer Kritik gewesen. Wenn indessen die Kritiker sich eine Vorstellung von dem Umfang ihrer Tätigkeit hätten machen können, würden sie vielleicht etwas zurückhaltender gewesen sein. Die „Frankf. Ztg.“ bringt eine Zusammenstellung über die Leistungen der deutschen Feldpost, die geradezu Erstaunliches geleistet hat. Man hat, so heißt es in dem genannten Blatte, die Organisation und die Leistung der deutschen Feldpost von 1870/71 als maiergültig bezeichnet. Das war sie auch. 104 Millionen Briefe hat die Feldpost damals vom 15. Juli 1870 bis Ende März 1871 befördert. So etwas war noch nicht dagewesen und die Feldpost durfte mit Recht stolz darauf sein. Und was leistet unsere jetzige Feldpost? Nahezu 15½ Millionen Briefe werden täglich von ihr verarbeitet, das ist das Fünfunddreißigfache dessen, was die Feldpost von 1870/71 täglich bewältigt hat. Dabei haben die Feldpostbeamten von damals auch im Schwere ihres Angebots gewirkt. 2300 waren es. Jetzt sind 5400, also 2½ mal mehr. Wenn diese dabei in einer Woche das leisten, was jene in 8½ Monaten bewältigt haben, so hat man wohl auch im jetzigen Kriege Anlaß, mit der Organisa-

tion der deutschen Feldpost zufrieden zu sein. Denn nur aus ihr läßt sich eine derartig hervorragende Leistung erklären.

Nach der Front sind aus dem Deutschen Reich durch Vermittlung der heimischen Feldpoststellen von August 1914 bis Ende Juli 1915 etwa 2,4 Milliarden Feldpostbriefe befördert worden. Da außerdem etwa 1,6 Milliarden Feldpostbriefe im Felde ausgeliefert worden sind, umfaßt die gesamte Beförderungsleistung der deutschen Feldpost bis jetzt etwa 4 Milliarden Briefe. Bei den 23 heimischen Poststellen ist das Personal seit Mitte August 1914 von 3100 Stößen auf 13-14 000 angewachsen. Die Menge der täglich ins Feld gehenden Feldpostbriefe, die im vorigen Dezember bei der Beförderung der Weihnachtsfeldpost mit 29 000 Stück den Höhepunkt erreicht hatte, stellt sich gegenwärtig auf 45 000. Dieses bedeutet eine Belastung der Feldpost-Beförderungsmittel, zu denen u. a. 800 Feldpostkraftwagen gehören, mit einer halben Million Kilogramm Briefpost täglich.

Nicht wenig haben zu der dauernd gesteigerten Benutzung der deutschen Feldposteinrichtung, wie sie in anderen kriegführenden Ländern auch nicht annähernd zu verzeichnen ist, die mannigfachen seit Kriegsbeginn getroffenen Verkehrsverbesserungen beigetragen. Dazu gehören die Ermäßigung des Portos für Feldpostbriefe über 50 Gramm bis 250 Gramm von 20 Pf. auf 10 Pf.; die Zulassung von Feldpostbriefen nach dem Meere im Gewichte von über 250 bis 500 Gramm; die Nichtbeanstandung der Gewichtüberschreitungen, bei den portopflichtigen Feldpostbriefen bis 10 Prozent des Höchstgewichtes; die Zulassung von Zeitungsbestellungen für Heeresangehörige durch Familienmitglieder in der Heimat oder anderer Personen; die unentgeltliche Abgabe von Feldpostkartenbriefen an die Truppen im Felde; die Zulassung von Feldpostbriefen mit Flüssigkeiten; die Einführung besonderer Feldpostanweisungen zu Sparkassenzahlungen u. a. m. Auch die fortgesetzten und mannigfachen Bemühungen der Postverwaltung, dem Publikum bei Benutzung der Feldposteinrichtung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sind der Ausgestaltung des Feldpostbriefverkehrs förderlich gewesen. Durch die anfangs Oktober v. J. erfolgte Ausgabe eines besonderen „Werkblattes für Feldpostsendungen“, das seitdem in sechs weiteren, viele Hunderttausend umfassende Auflagen erschienen ist und das jedermann auf Wunsch am Postamt kostenfrei erhält, ist es den weitesten Kreisen des Publikums möglich geworden, sich über alle einschlägigen Fragen namentlich über Adressierung und Verpackung der Feldpostsendungen leicht und zuverlässig zu unterrichten. Gleichen Zwecken, in Verbindung mit praktischer Unterweisung dienen die auf Betreiben der Postverwaltung dauernd vermehrte Kriegsschreibstuben und privaten Feldpostverpackungsstellen. Ihre Zahl ist allein seit Januar von 3000 auf etwa 8000 gestiegen; über die Hälfte davon sind in Schulen untergebracht. Auch werden auf Eruchen der Postbehörde schon seit Monaten in zahlreichen oberen Volksschulen sowie in den meisten Fortbildungsschulen die Schüler über die wichtigsten Feldpostbestimmungen unterrichtet. Hierdurch ist erfreulicherweise eine Verminderung der vielen unrichtig adressierten und mangelhaft verpackten Feldpostbriefe erreicht worden. Freilich kommen noch immer täglich 150 000 solcher Sendungen in der Heimat auf. Bei mehr als zwei Drittel davon gelangt es den Bemühungen der Sammelstellen ihnen den Weg zu weisen, der vermutlich zum Ziele führt. Und auch noch im Feld selbst idenkt die Post keine Arbeit, um „franke“ Briefe wenn irgend möglich zu heilen, damit sie den Empfänger erreichen. Auf dem östlichen, wie auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist ausschließlich zu dem Zweck dauernd eine Feldpostanstalt tätig. Von diesen beiden „Feldausgleichsstellen“ verarbeitet die im Westen, die mit nicht weniger als 50 Beamten besetzt ist, täglich 12 000 solcher, oft auf den ersten Blick scheinbar ganz hoffnungsloser Sendungen. So ist es nicht nur der von der deutschen Feldpost bisher bewältigte riesenhafte Verkehr, der ihr unsere Hochachtung einträgt, sondern auch die unermüdete Fürsorge, die sie jedem ihr anvertrauten Sendling zuteil werden läßt, mag er auch für die weite und beswerliche Reise manchmal recht unzulänglich ausgerüstet worden sein.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Oesterreich während des Krieges macht das „Neue Wiener Journal“ auf Grund der von der amtlichen „Sozialen Rundschau“ veröffentlichten Angaben Mitteilungen, die auch für uns von Interesse sind. Bei den in die Statistik einbezogenen Arbeiterver-

bänden schwankte der Prozentjah der Arbeitslosen im Jahre 1914 bis zum Ausbruch des Krieges zwischen durchschnittlich 4,6 und 6,7, er stieg im August auf 18,3, sank jedoch in der Folge von Monat zu Monat bis auf 8,1 im Dezember; im Februar und März 1915 ist die Arbeitslosigkeit mit 6,1 beziehungsweise 5,3 Prozent Arbeitslosigkeits bereits unter das Ausmaß in den korrespondierenden Monaten des Jahres 1914 herabgegangen. Charakteristisch ist, daß der Krieg auf die Arbeitslosigkeit der Männer wesentlich anders einwirkte als auf die der Frauen. Vor Ausbruch des Krieges war die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt bei den Männern um 2 bis 4 Prozent größer als bei den Frauen, seit dem August übersteigt dagegen die Arbeitslosigkeit der Frauen die der Männer um 9 bis 12 Prozent. Das rührt größtenteils daher, daß der Arbeitsmarkt der Männer durch die Einberufungen entlastet wird, auch dürfte die Arbeitslosigkeit vielfach Gewerbezugruppen stärker ergriffen haben, in welchen mehr Frauen beschäftigt sind.

Die einzelnen an der Statistik beteiligten Arbeiterverbände wurden hinsichtlich der Arbeitslosigkeit von den Kriegsergebnissen in verschiedener Weise beeinflusst. Relativ am stärksten — um mehr als 40 Prozent — nahm nach Kriegsausbruch die Arbeitslosigkeit bei den Drechtlern, den Ledergeranterie-Arbeitern und den Hut- und Filzwarenarbeitern sowie den böhmischen Gewerkschaftskommission angehörenden Glasarbeitern und Buchdruckerei-Hilfsarbeitern zu. Ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um mehr als 20 Prozent zeigte sich bei den Prozellan-, Ton-, Textil- und Ledermöbelarbeitern sowie den Schneidern und Schuhmachern. Bei allen diesen Verbänden, mit Ausnahme der Glasarbeiter, nahm die Arbeitslosigkeit jedoch bald wieder ab, und am Ende des Jahres 1914 überstieg die Arbeitslosigkeit — soweit Berichte vorliegen — nur mehr bei den Tonarbeitern und den Hut- und Filzwarenarbeitern 11 Prozent.

In den Verbänden der Stein-, Metall-, Holz- und Kartonagenarbeiter, der Buchbinder, Zimmerer, Bildhauer und Stuckateure, der Lithographen, der Buchdrucker und Schriftsetzer und Buchdruckerei- und Zeitungsgewerkschafter rief der Ausbruch des Krieges eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 5 Prozent bis 20 Prozent hervor; auch in allen diesen Verbänden nahm die Arbeitslosigkeit in der Folge ab; sie war bei den Metallarbeitern, den Buchbindern und den Kartonagenarbeitern Ende Dezember 1914 bereits unter den Stand Anfang des Jahres 1914 gesunken. Die Holzarbeiter und die Buchdrucker- und Zeitungsgewerkschafter haben im März 1915 bereits eine geringere Arbeitslosigkeit als im März 1914. In manchen Berufen hat der Kriegsausbruch überhaupt keine oder nur eine ganz unbedeutend verstärkte Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt; so bei den Berg- und Süttenarbeitern, Zahntechnikern, Bädern und Konditoren, Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten, Arbeitern der chemischen Industrie, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern und Zeitungsbeamten, ferner bei den Sattlern und Friseurgehilfen; bei den zwei letztgenannten Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit im März 1915 im Gegensatz zum Vorjahre ganz vermindert.

Aus den Mitteilungen geht weiter hervor, daß die Arbeiterberufsorganisationen in Oesterreich ihre Unterstützungstätigkeit nach Möglichkeit verstärkt haben, wenigstens was die Zahl der unterstützten Mitglieder anbelangt. Im Laufe der Zeit nahm mit dem Sinken der Arbeitslosigkeit natürlich auch die Häufigkeit der Unterstützungsfälle wieder ab. Ausdrücklich wird hinzugefügt, daß manche Organisationen die Höhe der Unterstützungsbeträge herabsetzen mußten, ein Vorgang, den wir auch bei uns haben beobachten können.

Ueber die Zahl und die Beschäftigung italienischer Arbeiter im Deutschen Reich macht die „T. Volksw. Korresp.“ interessante Angaben. Nach der im Juni 1907 veranlaßten Zählung ausländischer Arbeiter gab es in Deutschland 125 520 Italiener, die in folgenden Erwerbszweigen beschäftigt waren: Im Baugewerbe 57 388, in der Industrie der Steine und Erden 30 366, im Bergbau und Süttenwesen 23 003, in der Textilindustrie 4446, in Gast- und Schankwirtschaften 1399, in der Metallverarbeitung 1359, in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 821, dagegen in der Land- und Forstwirtschaft nur 864 Köpfe. In der Textilindustrie handelt es sich überwiegend um weibliche Arbeitskräfte, die von der deutschen Seidenindustrie beansprucht wurden. Insgesamt entfielen aber von den 125 520 italienischen Arbeitern nur 7164 auf das weibliche Geschlecht; der Italiener wandert ohne Familienangehörige aus, versorgt diese aber reichlich mit Geldmitteln, denn

er pflegt während seines Aufenthaltes im Auslande äußerst bedürfnislos zu leben und seine Ersparnisse in die Heimat zu senden.

Die Frage, wie viele Italiener beim Ausbruch des italienisch-österreichischen Krieges in Deutschland beschäftigt waren, dürfte schlüssig erst nach Beendigung des Weltkrieges beantwortet werden. Nach Maßgabe des deutschen Arbeitsmarktes zu Beginn des Weltkrieges muß angenommen werden, daß die Zahl der im Baugewerbe beschäftigten Italiener erheblich zurückgegangen ist, während andere Berufsweige mehr Italiener aufgenommen haben.

Italienische Sozialpolitik während des Krieges. Im Deutschen Reich ist der Wunisch, die für jugendliche und weibliche Arbeiter geschaffenen Schutzvorschriften in der Kriegszeit außer Kraft zu setzen, un erfüllt geblieben, nicht zum wenigsten dank dem sofortigen Einwirken der Arbeiterorganisationen. In Italien dagegen dürfen, wie der „Adanti“ nach einer amtlichen Quelle mitteilt, die 12-15jährigen Kinder von Kriegsteilnehmern und zum Seeresdienst Eingezogenen während der Dauer des Krieges vom Schulbesuch befreit werden. Das Verbot der Kinderarbeit ist für sie aufgehoben. Dabei herrscht in Italien Arbeitslosigkeit von einer Ausdehnung, wie wir sie selbst in den ersten Kriegsmontaten nicht kennen gelernt haben.

Aus dem Verbands.

Berlin. Der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Gewerkschaften konnte im 2. Quartal d. J. die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht voll befriedigen. Es hatten sich im Laufe des Quartals 302 männliche und 24 weibliche Personen arbeitslos gemeldet; davon waren 40 von auswärtis zugewandert. Verlangt wurden 498 männliche und 66 weibliche Personen. In diese offen gemeldete Stellen wurden durch unseren Arbeitsnachweis 285 männliche, 30 weibliche Arbeitslose vermittelt. Von den übrigen sich meldenden Arbeitslosen haben inzwischen 31 männliche und 4 weibliche anderweitig Arbeit gefunden und 3 Personen sind nach auswärts abgereist, so daß am Schluß des Quartals 13 männliche arbeitslose Personen in unserem Arbeitsnachweis eingetragten waren.

weitig Arbeit gefunden und 3 Personen sind nach auswärts abgereist, so daß am Schluß des Quartals 13 männliche arbeitslose Personen in unserem Arbeitsnachweis eingetragten waren.

Schramberg i. Schwarzwald. Unser Ortsverband hat den Kriegsverhältnissen entsprechend in der letzten Zeit eine rege Tätigkeit entfaltet, die sicherlich allen Arbeitern in unserem Bezirke zugute kommt. Auf seine Veranlassung haben sämtliche Arbeiterorganisationsrichtungen an die Unternehmer einen Antrag auf Gewährung einer Feuerzuzulage gerichtet, der hoffentlich seine Wirkung nicht verfehlen wird. Es wird in dem betreffenden Anschreiben auf die Steigerung aller Lebensmittelpreise hingewiesen und dargelegt, daß bei schlechter Ernährung die Arbeiter naturgemäß in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt würden. Deshalb sei eine Feuerzuzulage durchaus angebracht. Die Arbeiter haben sich bereit erklärt, gegebenenfalls in einer mündlichen Besprechung ihre Wünsche zu beurteilen.

In einer weiteren Eingabe an die zuständigen Kommandostellen wird darum ersucht, für das Füttern von Heide- und Preiselbeeren, die für die Bevölkerung des Schwarzwaldes von großer Bedeutung sind, einen Termin festzusetzen, damit nicht, wie das vielfach geschehen ist, die Beeren unreif geerntet werden. Zum Teil wurde diesem Verlangen seitens der Kommandostellen entsprochen. Das ist sehr wichtig, da das Beeren sammeln für die Kinderbestellen im Schwarzwald eine Einkommensquelle bildet.

Ebenfalls gemeinschaftlich sind die Arbeiterorganisationen an die Stadtverwaltung herangetreten mit dem Ersuchen um Einführung von Höchstpreisen, insbesondere für Milch, Butter, Eier, Mehl, Brot usw. Nachdem man anfänglich sich ablehnend verhalten hatte, hat man sich schließlich doch auf mehrmaliges Drängen zur Erfüllung unserer Wünsche bequemt. Sicherlich wird die gesamte Arbeiterschaft von diesem Schritte Vorteil haben.

Ann. der Red.: Schramberg ist ein verhältnismäßig kleiner Ortsverband. Aber die kurze Schilderung zeigt, welche rege Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft und der Arbeiterorganisationen entfaltet werden kann, wenn die Kollegen auf dem Posten sind. Der Wert und die Bedeutung der Arbeiterorganisation wird dadurch auch Indifferente vor Augen geführt. Deshalb möchten wir den Wunsch ausdrücken, daß die richtige Tätigkeit der Kollegen im Schwarzwald anspornend auch auf andere Landesteile wirke.

Besammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerkschaften, Weißwasserstraße 221/28. Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Nächste Zusammenkunft am 1. August. Gewerkschafts-Liebertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr. Liebertafel i. Verbandsklub d. Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste will.

Connaben, den 31. Juli 1915. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends von 8-10 Uhr. Jagt im Nordwest-Casino. Alt-Neubau 55. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin XIII. 8 1/2 Uhr. Schönhauser Allee 139. Tagesordnung dafelbst.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreter - Sitzung im Kurhops Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstraße. - Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandwerferstr. 42. - Dessau. Gewerkschafts-Liebertafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2-11 Uhr. Liebertafel i. Vereinskl. „Kofam“, Marktstr. - Ebersfeld-Barnum (Ortsverband). Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr. Vertreter-Sitzung bei Roggenkämper, Ebersfeld, Kuffenstr. und Erholungsstr.-Gde. - Frankfurt a. O. (Gewerkschafts-Liebertafel). Jeden Freitag von 8-10 Uhr. Liebertafel im Vereinsklub. Nächste 16. Verbandkollegen herz. willkommen! - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr. Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abends 6-8 1/2 Uhr. Distriktsklub im Bezirksklub von G. Simon, Alter Markt. - Gießen b. Hachen. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distriktsklub bei Subewitz. - Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr. Ortsverband-Vertreter-Sitzung bei Rose, Finkenstr. - Hamburg (Liebertafel). Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Grel, Lagerstraße 2. - Hamburg (Gewerkschafts-Liebertafel). Jeden Donnerstag Liebertafel bei Löbner in Altona, Einsbitterstraße 48-50. - Heseloh. Distriktsklub jeden 8. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Hüple, Mendenerstr. 5. - Köln (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr. Vertreter-Sitzung in der Fenz-Erholung, Kreuzgasse. - Leipzig (Gewerkschafts-Liebertafel). Die Liebertafelstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinsklub Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und Stammgäste Mitglieder sind herzlich willkommen. - Ralbeim - Hagen. Jeden ersten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr. Vertreter - Sitzung im Verbandsklub bei Herrn Johann Köler, Sandstraße 83. - Stettin (Sängerchor d. Gewerkschaften). Die Liebertafelstunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stammgäste Kollegen herzlich will. - Tegel (Distriktsklub für Tegel, Vorgrünwald u. Reulicke dorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Gde. Schönebergerstraße. - Thurn (Väter). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicole, Mauerstr. 62. - Weiskau, Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abends von 8-10 1/2 Uhr. Distriktsabend beim Kollegen Ödnel. - Weiskau a. S. (Gesangverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerkschaften). Liebertafelstunden jed. Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinsklub, „Klostergarten“. Gesangliebende Gewerkschaftskollegen stets willkommen. - Worms (Ortsverband). Gesangsabteilung der vereinigten Gewerkschaften (G.-D.) jeden Montag, abends 9 Uhr. Singstunde im Verbandsklub „Reintal“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Unterstützung. Karten beim Ortsverbandskassierer G. Hildebrand, Wilhelmshaven, Rüstingen, Gelnestr. 18.

Wiesbaden (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Abendbrot, Nachtlohn, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Laugel, Kolonnenstr. 32.

Sommerfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Emil Franke, Bahnhofstr. 8, wochentags abends 6 1/2-8 1/2 Uhr.

Spandau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 75 Pfg. im Lokal von G. Hoffmann, Rollik- und Bismarckstr.-Gde.

Oberhausen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Wellenstraße 67.

Egypten - Sulan (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftler erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer Kollegen E. Schenker in Egypten, Glogauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Bromberg (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Ortsverbandskassierer bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Heinke, Elisabethmarkt 7.

Chemnitz (Ortsverband). Das Geschenk für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, bei nicht vorhandenen Berufen nur beim Ortsverbandskassierer, Kol. Paul Müller, Bernsdorferstraße 81, abends von 6-8 Uhr ausgezahlt.

Nadoberg i. Sachl. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk im Betrage von 75 Pfg. beim Kollegen Richard Wenzel, Niedergraben 15.

Sayman i. Schles. (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer G. Walter, Regnierstraße 48. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Stiefel i. Erges. (Ortsverband). 75 Pfg. Unterstützung oder Karten in der Herberge zur Heimat.

Jittau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung im Betrage von 75 Pfg. bei allen Vereinskassierern, für die fehlenden Berufe beim Ortsverbandskassierer P. Brendler, Bergstr. 14.

Lübeck (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsverbandsgeschenk von 1 Mark. Bei K. Teiche, Finkenstr. 8.

Rothensand und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 65 Pfg., erhalten durchreisende Gewerkschaftler beim Kollegen Gust. Pöhl, Bauverein Nr. 67, Rothensand i. Schl. Verbands-Vereinsgasse, Bahnhof zum Clara-Schacht.

Grossen Vorteil findet jeder Raucher bei Einkäufen von unseren Gewerkschafts-Zigarren in nur besten Qualitäten, gut gelagert, zu den Vorzugspreisen von 2,50 Mark bis 10.- Mark pro 100 Stück. Geringste Einlage. - Dargestellter Geschmack und Brand. 500 Stück senden wir franco. Proben nur in Originalpackung von 100 Stück. Handmuster nicht. Unskurierte Preisliste gratis und franco. - Ein Probeauftrag führt sicher zu dauernder Kundenschaft. Genossenschafts-Zigarrenfabrik der Deutschen Gewerkschaften (G.-D.) e. G. m. b. H., Heidelberg.

Oberbergischer Ortsverband, Eig. Schlettian. Unterstützung von 75 Pfg. an wandernde Kollegen bei Ernst Böser jun. in Scheibenberg, Malzhäuserstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

Hamburg. Das Arbeitserkenntnis befindet sich Marquastr. 19. Telefon Gruppe VI 9715. Auszahlung der Reisegelder und Arbeitsvermittlung.

Freuslag (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Unterstützung beim Ortsvereinskassierer F. Dittmer, Fischerstraße 666.

M.-Gladbach und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkschaftsbureau, Hüpperstraße 180.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Drogarten im Werte von 1,20 Mark beim Kollegen Emil G. Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Jäger's Gastwirtschaft).

Düsseldorf (Ortsverband). Durchreisende Gewerkschaftskollegen aller Berufe erhalten Frei-Brot und Morgenkaffee im Verbandsklub, Restaurant am Klosterwall, Kurfürsten- und Klosterstraßen-Gde. Karten werden im Arbeitserkenntnis dafelbst i. Etage ausgegeben. Arbeitsnachweis für alle Berufe.

Schmölln (Ortsverband). Allen durchreisenden Gewerkschaftskollegen wird für Nachtquartier eine Unterstützung von 60 Pfg. gezahlt. Karten ausgabe bei E. Tragsdorf, Bachstraße 2.

Wittenfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsbesuch von 75 Pfg. beim Ortsvereinskassierer ihres Berufs; bei allen Ortsvereinskassierern. Die Verbandsherberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Jäger's Gastwirtschaft).

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer Georg Beerendorf, Vorwerkstraße 24.

Nedermünde und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Reiseunterstützung. Karten hierzu in Nedermünde beim Kollegen Aug. Krugel, Königstr. 6. In Forstelow beim Kollegen Richard Fricke, Frickestr. 16.